

Die Verhältnisse der Landarbeiter in Nordwestdeutschland, Württemberg, Baden und in den Reichslanden

Geschildert auf Grund der vom
Verein für Socialpolitik
veranstalteten Erhebungen



Duncker & Humblot *reprints*

Die
Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschland.

Erster Band.

Schriften

des

Vereins für Socialpolitik.

LIII.

Die Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschland.

Erster Band.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1892.

Die Verhältnisse
der
L a n d a r b e i t e r
in

Nordwestdeutschland

(Oldenburg; Provinz Hannover: Reg.-Bez. Aurich, Osnabrück, Hannover
nördl. Teil, Stade, Lüneburg; Bremen; Lippe-Detmold; Schaumburg-Lippe;
Provinz Hessen-Nassau: Kreis Hirteln; Provinz Westfalen; Waldeck),

Württemberg, Baden und in den Reichslanden.

Geschildert auf Grund der vom
Verein für Socialpolitik
veranstalteten Erhebungen.

Mit einem Anhang: Zur Statistik der deutschen Landarbeiter.



Leipzig,
Verlag von Dunder & Humblot.
1892.

Alle Rechte für das Ganze wie für die einzelnen Teile sind vorbehalten.
Die Verlagshandlung.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung S. VII—XXIV.

Die ländlichen Arbeiterverhältnisse in Nordwestdeutschland. Von Dr. Karl Raerger. S. 1—239.

Ostenburg S. 1—43.

Ostfriesland S. 44—56.

Regierungsbezirk Osnabrück S. 57—71.

Westfalen: Kreise Lübbecke und Minden S. 72—82. Kreis Herford S. 83—90.

Lippe-Detmold S. 91—103.

Westfalen: Kreise Bielefeld und Halle S. 104—113. Kreise Wiedenbrück, Warburg, nördlicher Teil des Kreises Münster, Tecklenburg, Steinfurt und Ahauß S. 113—122. Kreise Coesfeld, Borken, Recklinghausen, Südinghausen, Münster-Süd und Beckum S. 123—131. Kreise Gelsenkirchen, Hattingen, Bochum, Dortmund, Hörde, Schwelm und Hagen S. 132—141. Kreise Altena und Iserlohn S. 141—146. Kreise Arnsherg, Meschede, Olpe und Siegen S. 146—152. Kreise Wittgenstein und Brilon; Fürstentum Waldeck S. 152—161. Kreise Hamm, Soest und Lippstadt S. 161—167. Kreise Paderborn, Büren, Warburg und Höxter S. 167—175.

Schaumburg-Lippe; Hessen: Kreis Rinteln; Regierungsbezirk Hannover: Kreise Neustadt, Rienburg und Stolzenau S. 176—180.

Provinz Hannover. Regierungsbezirk Hannover: Kreise Diepholz, Sulingen, Syke und Hoya S. 181—188.

Bremen S. 189—191.

Hannover. Regierungsbezirk Stade: Kreise Osterholz, Blumenthal, Geestemünde und Verhe S. 192—204.

Regierungsbezirk Lüneburg S. 205—215.

Ergebnisse S. 216—221.

Tabellen S. 222—239.

Die ländlichen Arbeiterverhältnisse in Württemberg, Baden und in den Reichs-
landen. Von Dr. H. Lofsch.

Das Königreich Württemberg S. 243—315.

Das Großherzogtum Baden S. 317—395.

Elsaß-Lothringen S. 396—442.

Anhang. Zur Statistik der deutschen Landarbeiter. Von Dr. H. Groh-
mann S. 443—457.

Einleitung.

In der Sitzung des Ausschusses des Vereins für Socialpolitik vom 26. September 1890 wurde bei Beratung der vorzubereitenden Vereinspublikationen und der Verhandlungsgegenstände für die Generalversammlung des Jahres 1892 auf eine Anregung des Professors Dr. Sering hin der Beschluß gefaßt, die Herren Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. Thiel, Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Conrad und Professor Dr. Sering zu ersuchen, eine Behandlung der ländlichen Arbeiterfrage ins Auge zu fassen und über die Ergebnisse ihrer Beratungen dem Ausschuß in seiner nächsten Sitzung Bericht zu erstatten. Im Frühjahr 1891 einigten sich die Genannten über den bei einer Erhebung über die ländlichen Arbeiterverhältnisse einzuschlagenden Weg und die Art und Weise der Bearbeitung des hierdurch zu gewinnenden Materials. Man wollte versuchen, durch möglichst zahlreich zu verteilende Fragebogen vornehmlich die thatsächlichen Verhältnisse zu ermitteln und aus den zu erhaltenden Antworten nicht ausschließlich trockene tabellarische Zusammenstellungen, sondern auch abgerundete Schilderungen der betreffenden Verhältnisse zu gewinnen. Zu diesem Zweck wurden zwei Fragebogen, ein specieller und ein allgemeiner, vorgelesen. Dr. Sering übernahm es, die betreffenden Fragebogen zu entwerfen. Hiervon wurde den Ausschuß-Mitgliedern, da eine Ausschußsitzung im Jahre 1891 nicht stattfand, durch Circular Mitteilung gemacht. In der Ausschußsitzung vom 13. März 1892 wurde von den inzwischen schon weit fortgeschrittenen Arbeiten dem Ausschuß Kenntnis gegeben und die Zustimmung desselben eingeholt. Im Juli 1891 hatte sich der Unterzeichnete an die Vorstände der landwirtschaftlichen Centralvereine Deutschlands gewandt und unter Schilderung der von der Erhebung verfolgten Zwecke gebeten, ihm eine möglichst zahlreiche Liste solcher Landwirte mitzuteilen, an welche man die beiden Fragebogen schicken könne. Des Weiteren wurde um eine Angabe darüber gebeten, in welche Bezirke

man das betreffende Vereinsgebiet zweckmäßig einteile, um in denselben annähernd gleichmäßige Arbeiterverhältnisse behandeln zu können. Diesem Ersuchen wurde überall in der dankenswertesten Weise entsprochen und fast 4000 Persönlichkeiten namhaft gemacht, mit welchen dann weiter in Verbindung getreten werden konnte. Ohne diese erfreuliche Mitwirkung der landwirtschaftlichen Vereinsbehörden wäre die Durchführung der Erhebungen in der vorgesehenen Form der Befragung einer möglichst großen Anzahl von Landwirten ganz unmöglich gewesen. Inzwischen hatte Dr. Sering den Entwurf der Fragebogen fertig gestellt, und war derselbe zunächst von Dr. Conrad, dann von dem Unterzeichneten geprüft und amendiert worden. Nachdem man sich über die im ganzen unwesentlichen Änderungen geeinigt hatte, erhielten die Fragebogen die S. XIV ff. mitgeteilte definitive Fassung. Die Versendung derselben an die Auskunftspersonen wurde etwas verzögert, da es sich herausgestellt hatte, daß die Mittel des Vereins einer so umfassenden Erhebung, welche allein an Druck und Postkosten die Summe von ca. 1500 Mark erforderte, nicht gewachsen waren. Nachdem dies Bedenken durch eine erhebliche Bewilligung aus dem Fonds der Preussischen landwirtschaftlichen Verwaltung, für welche auch an dieser Stelle der Dank des Ausschusses auszusprechen ist, glücklich beseitigt war, konnte mit der Versendung der Fragebogen vorgegangen werden. Dies geschah mit dem Fragebogen I im Dezember 1891 unter Beifügung des nachfolgenden Anschreibens:

Berlin, im Dezember 1891.

Hochverehrter Herr!

Der Verein für Socialpolitik hat beschlossen, eine Aufnahme der ländlichen Arbeiter-Verhältnisse zu veranstalten, und zu diesem Zweck die gefällige Mitwirkung der ländlichen Arbeitgeber anzurufen. Unter allen Fragen, welche die Landwirte jetzt bewegen, steht die Arbeiterfrage oben an, und wird dieselbe aus den verschiedensten Gründen wirtschaftlicher und socialer Natur auch so bald nicht von der Tagesordnung verschwinden. Um vorhandene Schäden in dem ganzen Arbeiter-Verhältnis verbessern, mangelhaften Zuständen abhelfen, unberechtigten Ansorderungen mit Erfolg entgegenzutreten und die öffentliche Meinung und damit auch den Gang der Gesetzgebung rechtzeitig beeinflussen zu können, ist eine klare und zuverlässige Darlegung der thatfächlichen Verhältnisse erste Vorbedingung. Der Ausschuß glaubt daher für sein Unternehmen auf die Sympathie und thatkräftige Theilnahme aller Landwirte rechnen zu können, und dies ermutigt ihn, auch Ihnen, dessen Namen wir der geschäftsführenden Leitung Ihres landwirt-

schaftlichen Centralvereins verdanken, den beifolgenden Fragebogen mit der ergebensten Bitte zu übersenden, denselben gefälligst für Ihre Befizung oder für die nähere Umgebung Ihres Wohnsitzes ausfüllen und an den Ausschuß zurücksenden zu wollen. Bei der großen Mannigfaltigkeit der hier in Betracht kommenden Verhältnisse war es nicht zu umgehen, dem Fragebogen eine größere Ausdehnung zu geben, zahlreiche Fragen werden aber im Einzelfalle keine Beantwortung erfordern, sondern einfach von Ihnen gestrichen werden können, sodaß das Maß der Ihnen zugemuteten Arbeit, wie wir hoffen, doch nicht so groß sein wird, wie es Ihnen vielleicht zuerst erscheinen mag. Sollten Sie finden, daß die Fragen für die speciellen Verhältnisse Ihres Distriktes nicht überall passen, so bitten wir Sie ergebenst, auch über das Schema hinaus diese Verhältnisse Ihrer Gegend nach Bedürfnis zu schildern. Die ganze Aufnahme ist so geplant, daß für jede Gegend ein Generalberichterstatter gewonnen werden soll, welchem die einzelnen Fragebogen nach ihrer Ausfüllung zur Bearbeitung zu überweisen wären, um auf diese Weise ein abgerundetes, auf positiven Angaben beruhendes Bild der betreffenden Verhältnisse zu gewinnen. Das Ganze soll dann in einem Sammelband der Schriften des Vereins für Socialpolitik halbmöglichst veröffentlicht werden. Wir würden Ihnen daher zu größtem Danke verpflichtet sein, wenn Sie den beantworteten Fragebogen uns schon bis spätestens Ende Januar unter Benutzung des beifolgenden Couverts zurücksenden könnten. Sollten Sie nicht in der Lage sein, sich der Arbeit unterziehen oder einen anderen geeigneten Berichterstatter dafür gewinnen zu können, so ersuchen wir Sie ergebenst, uns zum Zeichen dafür den Fragebogen gefälligst zurücksenden zu wollen, damit wir Sie dann in dieser Angelegenheit nicht weiter zu belästigen brauchen.

Der Ausschuß des Vereins für Socialpolitik.

Im Februar 1892 wurde sodann der Fragebogen II mit dem nachfolgenden Anschreiben an eine beschränktere Zahl von Berichterstattern versandt.

Berlin, Februar 1892.

Sehr geehrter Herr!

Für die vom Verein für Socialpolitik veranstaltete Aufnahme über die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter sind uns schon ca. 1500 Beantwortungen des beifolgenden Fragebogens (Fragebogen I) zugegangen, sodaß uns ein reichliches Material über die Details der hier einschlagenden Fragen zu Gebote steht. Was uns noch fehlt, ist eine kurze zusammenhängende